

Neustart für bedarfsgerechte Bildung – Petition zeigt breite gesellschaftliche Unterstützung

Die Bundesweite Elterninitiative für Kinder mit besonderem Bedarf im Pflichtschulbereich (eikib) und I:Ö (Inklusion Österreich) übergeben dem Nationalrat die gesammelten Unterschriften ihrer Petition „Stoppt die Not im Bildungsbereich!“ und setzen damit einen wichtigen Meilenstein im Einsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit in Österreich.

„eikib“ ist eine unabhängige Elterninitiative, getragen von Eltern von Kindern mit und ohne Behinderungen aus allen Bundesländern. Gemeinsam bündelt die Initiative Erfahrungen, Expertise und Engagement, um auf die dramatische Situation im Bildungsbereich aufmerksam zu machen. Sie setzen sich für konkrete politische Verbesserungen ein. Unterstützt wird eikib von Fachpersonen aus Pädagogik und inklusiver Praxis sowie von anderen Organisationen im Bildungs- und Behindertenbereich.

Worum es geht: Österreichs Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen dringender denn je mehr und qualifizierte Ressourcen in den Schulen. Die derzeitige Berechnungsgrundlage für Lehrer:innenstunden im sonderpädagogischen Bereich basiert auf einer über 30 Jahre alten Quote. Diese hält fest: Maximal 2,7 % der Lehrerinnenstunden werden dem Bereich der Inklusions- und Sonderpädagogik gewidmet. Dies deckt den tatsächlichen Bedarf bei weitem nicht ab. Aktuell haben in ganz Österreich 5,6 % der Schulkinder einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Es gibt große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern.

Mit über 12 284 handschriftlichen Unterschriften aus ganz Österreich zeigt die Petition ein starkes, gemeinsames Zeichen der Sorge und des Willens zur Veränderung. Diese breite Unterstützung verdeutlicht, dass es nicht um Einzelfälle geht, sondern um ein strukturelles Problem, das tausende Familien und Kinder betrifft.

Kernziel der Initiative ist die sofortige Erhöhung der Quote für sonderpädagogische Lehrer:innenstunden auf 4,5 %. Diese Forderung ist nicht willkürlich, sondern im Regierungsprogramm verankert und entspricht einer Annäherung an den realen Unterstützungsbedarf von Kinder und Jugendlichen. Bislang kamen, wohl auch aufgrund der budgetären Situation, keine Anzeichen aus dem Ministerium, dass dieses Thema zeitnah angegangen wird.

Kinder und Schulen können nicht mehr bis zum Finanzausgleich 2028 warten: Wenn es um ihre Entwicklung, Teilhabe und Chancen auf Bildung geht, zählt jedes Jahr. Denn: Ein Bildungssystem, das Ressourcen künstlich begrenzt, trägt nicht zur Chancengleichheit bei, sondern verschärft Ungleichheit und Druck – nicht nur im schulischen Alltag, sondern in der gesamten Lebensperspektive der betroffenen Kinder und Familien.

Wie hoch dieser Druck mittlerweile ist, wissen die Initiator:innen der Initiative nur zu gut: reduzierte Schulzeiten, Kinder, die vom Schulbesuch befreit sind, weil sie dem dauerhaften Stress nicht mehr standhalten konnten, explodierende Suspendierungszahlen – gerade in Sonderschulen. Dazu kommen Kinder, die zwar formal „integriert“ sind, aber faktisch große Teile des Unterrichts außerhalb des Klassenverbandes verbringen, weil die personellen Ressourcen fehlen. Eltern berichten von ständigen Krisengesprächen, von der Aufforderung,

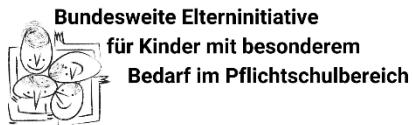


ihr Kind früher abzuholen, von immer neuen Teilzeitlösungen, die weder pädagogisch sinnvoll noch familienverträglich sind.

Dazu Gerti Riegler: „Wir sprechen hier nicht über abstrakte Zahlen, sondern über echte Kinder. Über Kinder, die lernen wollen, die dazugehören wollen und die ein Recht auf Bildung haben. Im Rahmen der Initiative wurden mir Geschichten zugetragen, die lassen einen sprachlos zurück. Man kann nicht glauben, was mit Kindern aufgeführt wird. Wenn ein System zu wenig Ressourcen vorsieht, dann produziert das Ausgrenzung. Das Budget hält diese Ausgrenzung fest – aushalten müssen die Ausgrenzung unsere Kinder – jeden Tag.“

Auch Lehrkräfte geraten zunehmend an ihre Grenzen. Sie stehen vor Klassen mit hoher Heterogenität, aber ohne ausreichend Unterstützung durch Sonderpädagog:innen, Assistenzpersonal oder multiprofessionelle Teams. Förderpläne bleiben Stückwerk, individuelle Begleitung wird zur Improvisation, und wertvolle Unterrichtszeit geht in Krisenmanagement verloren. Darunter leiden nicht nur Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf, sondern alle Schülerinnen und Schüler in der Klasse.

Mit der offiziellen Übergabe der Unterschriften an den Nationalrat beginnt nun die parlamentarische Phase der Bürgerinitiative. Gespräche mit Bildungssprecher:innen aller im Parlament vertretenen Parteien, den zuständigen Ausschussmitgliedern sowie Bildungsexpert:innen in den Bundesländern sind geplant. Diese Gespräche sollen dazu beitragen, ein gemeinsames Verständnis der Dringlichkeit zu schaffen und Wege zu finden, wie die dringend notwendigen Veränderungen umgesetzt werden können



Mag. (FH) Gertrude Riegler
0676 5458177

gerti@einhundertcyan.at
www.eikib.at



Karin Riebenbauer (Wien)
069914200342
karin@inklusionoesterreich.at
<https://www.inklusionoesterreich.at/>